



Bundesamt für
Verfassungsschutz

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)



Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Inhaltsverzeichnis

1	Überblick	5
2	Historischer Hintergrund des Kurdenkonflikts	8
3	Gründung, Ideologie und Ziele der PKK	9
4	Gegenwärtiger Friedensprozess zwischen dem türkischen Staat und der PKK	14
5	Berührung deutscher Interessen im Ausland durch die PKK	18
6	Situation der PKK in Deutschland und Europa	18
6.1	Organisation	18
6.2	Propaganda	22
6.3	Aktivitäten	24
6.4	Nutzung des Internets	28
6.5	Konfliktpotenziale und Wechselwirkungen	30
6.6	Beziehungen zwischen der PKK und deutschen Linksextremisten	35
6.7	Finanzierung	36
7	Fazit	37

1 Überblick

Abdullah Öcalan gründete 1978 in der Türkei die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (Partiya Karkerên Kurdistan – PKK), deren ursprüngliches Ziel in der Errichtung eines unabhängigen, sozialistisch orientierten Kurdenstaates bestand.

Zur Durchsetzung seiner Ziele rief Öcalan 1984 zum bewaffneten Kampf auf. Über bewaffnete Guerillaverbände – insbesondere die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) – agierte die PKK in der Türkei, der nordirakischen Grenzregion sowie im Norden Syriens.

Damit setzte eine verheerende Spirale von Gewalt und Gegengewalt zwischen PKK und türkischer Armee ein. Vor dem Hintergrund der Verhaftung Öcalans 1999 rückte die PKK von ihrer ursprünglichen Zielsetzung ab. Statt eines kurdischen Staates wurde nun die kulturelle Au-



tonomie und lokale Selbstverwaltung für die Kurden innerhalb der Türkei angestrebt. Ende 2012 begannen offizielle Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK-Führung, in deren Folge auch eine Verringerung der wechselseitigen Gewalthandlungen zu verzeichnen war. Ein Ende des weiterhin schwelenden Konflikts ist allerdings nach wie vor nicht absehbar.

In Europa bemüht sich die PKK seit Jahren um ein weitgehend gewaltfreies Erscheinungsbild. Politisch strebt sie damit an, als einzig legitime Vertreterin und Ansprechpartnerin in der Kurdenfrage anerkannt zu werden.

In Deutschland ist die PKK mit ca. 14.000 Anhängern derzeit mit Abstand die mitgliederstärkste nichtislamistische extremistische Ausländerorganisation.

1993 erließ das Bundesministerium des Innern für die PKK ein Betätigungsverbot für das Bundesgebiet, nachdem mehrere gewaltsame Aktionswellen der PKK in Deutschland vorausgegangen waren.¹ Das Verbot umfasst auch die späteren Umbenennungen in „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK), „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL), „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (KKK) und – aktuell – „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK).

Im Zuge der 2013 eingeleiteten Neustrukturierung der PKK in Europa hatte sich der europäische Dachverband PKK-naher Vereine „Konföderation der kurdischen Vereine in Europa“ (KON-KURD) in „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (KCD-E) umbenannt. Die KCD-E bildet nunmehr die PKK-Europaführung, in die auch die „Koordinati-on der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) als politischer Arm der PKK integriert ist.

Trotz des Betätigungsverbots unterhalten die KCK in Deutschland einen illegalen und konspirativ arbeitenden Funktionärskörper.

Anhänger der PKK nutzen das Bundesgebiet

- bei aktuellen Entwicklungen/Ereignissen im Kurdenkonflikt für anlassbezogene Demonstrationen und Solidaritätskundgebungen,
- für die Durchführung von Großveranstaltungen (Propaganda in eigener Sache, Werbung neuer Anhänger),
- für die logistische und finanzielle Unterstützung der Gesamtorganisation.



Die unterschiedlichen Organisationsbezeichnungen der vergangenen Jahre haben – trotz der mehrfach propagierten Einführung interner demokratischer Strukturen – weder in der Organisationsstruktur noch an der personellen Zusammensetzung der PKK zu signifikanten Änderungen geführt. Organisationsinterne Vorgaben und Anweisungen der Parteiführung werden immer noch nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam an nachgeordnete Kader weitergegeben. Auch Abdullah Öcalan, der seit 1999 eine lebenslange Freiheitsstrafe in der Türkei verbüßt, wird von seinen Anhängern noch immer als unumstrittene Führungs- und Symbolfigur des kurdischen Volkes verehrt.



2 Historischer Hintergrund des Kurdenkonflikts

Vom Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem Ende des Ersten Weltkriegs (1918) waren auch die kurdischen Siedlungsgebiete betroffen. Ein eigenständiger kurdischer Staat (1920 vorgesehen im Vertrag von Sèvres) wurde 1923 mit dem Vertrag von Lausanne verworfen. Die kurdischen Siedlungsgebiete liegen seitdem in den heutigen Staaten Türkei, Irak, Iran und Syrien.

Dieser Umstand führte bereits in den 1920er und 1930er Jahren zu mehreren größeren Kurden-Aufständen, welche die türkische Armee niederschlug.

Die türkische Republik bestritt lange Zeit die Existenz einer kurdischen Minderheit. Die Vision des türkischen Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938) von einer geeinten Republik stand einer politischen und kulturellen Selbstbestimmung – insbesondere für die kurdische Minderheit – jahrzehntelang entgegen.

Die 1960, 1971 und 1980 in der Türkei durchgeführten Militärputsche verschärften den Kurdenkonflikt. Die türkische Militärjunta sah sich traditionell als Bewahrer der staatlichen Einheit im Sinne Atatürks.

Bekanntnisse zu einem eigenständigen Kurdentum forderten staatliche Reaktionen heraus, welche wiederum zu einer weiteren Radikalisierung der Kurden beitrugen.

1984 trat die PKK den bewaffneten Kampf für einen unabhängigen kurdischen Staat an. In den kurdischen Siedlungsgebieten im Südosten und Osten der Türkei führte diese Entwicklung zeitweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.



Folge der militärischen Auseinandersetzungen waren zahlreiche Tote und die Zerstörung kurdischer Dörfer sowie der vorhandenen Wirtschafts- und Infrastrukturen. Daraufhin begann in den 1990er Jahren eine Landflucht der Kurden aus dem Osten in die westlichen Großstädte der Türkei.

Die Kurden sehen sich auch weiterhin als eigenständige Volksgruppe, deren Sprache und Kultur sich von der türkischen unterscheidet. Trotz einiger Zugeständnisse von türkischer Seite – überwiegend im kulturellen Bereich – birgt der Kurdenkonflikt immer noch ausreichend Nährboden für extremistische und terroristische Bestrebungen.

3 Gründung, Ideologie und Ziele der PKK

Die 1978 in der Türkei gegründete PKK ging aus einer 1974 entstandenen Gruppe um Öcalan und Mazlum Doğan² hervor.

Die Geschichte der PKK ist eng mit der Person ihres Gründers Öcalan verbunden. 1949 in der Türkei geboren, wird er von seinen Anhängern verehrend „Apo“ (kurdisch für „Onkel“) genannt.

² Der PKK-Funktionär Mazlum Doğan, der innerhalb der Organisation als Märtyrer verehrt wird, starb 1982 in türkischer Haft. Er ist Namensgeber des „Mazlum Doğan Jugend-, Kultur- und Sportfestivals“, das von der PKK jährlich – überwiegend in Deutschland – durchgeführt wird.

Bereits während seines Studiums der Politikwissenschaften in der Türkei kam es zu einer Beeinflussung Öcalans durch links-extremistische Organisationen.

Er und einige seiner Vertrauten verabschiedeten auf dem PKK Gründungskongress ein streng von marxistisch-leninistischen sowie nationalen Grundsätzen geprägtes Manifest. Hierin stellte sich die PKK als revolutionäre Partei des Proletariats und der Bauern auf Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus dar.



Allerdings werden Attraktivität und Erfolg der PKK auch heute noch weniger von der Ideologie an sich getragen, sondern vielmehr durch Werte, die vor allem vom Islam, diversen Stammes- und Clanstrukturen sowie rigiden Wert-, Moral-, und Ehrvorstellungen abgeleitet sind.

Die Organisation bekannte sich schon früh und ausdrücklich zu „revolutionärer Gewalt“. In ihrem ersten Manifest rief die PKK dazu auf, „Kurdistan vom imperialistischen und kolonialistischen System zu befreien und in einem einheitlichen Kurdistan eine demokratische Volksdiktatur zu gründen“. Damit war der sogenannte nationale Befreiungskampf für eine universale klassenlose Gesellschaft in einem unabhängigen, sozialistischen Kurdistan erklärtes Ziel der PKK. Hauptgegner dabei waren und sind der türkische Staat sowie dessen kurdische Kollaborateure.

Der militärische Arm der PKK begann am 15. August 1984 im Südosten der Türkei einen Guerillakrieg, um die Vision eines

unabhängigen Kurdenstaats gewaltsam umzusetzen. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen mit anderen kurdischen bzw. linksgerichteten Organisationen sowie kurdischen Landbesitzern in der Türkei.



Nach der offiziellen Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 rückte die PKK von der Rhetorik des dogmatischen Marxismus und der Forderung nach Klassenkampf ab.

Eine gravierende Zäsur bildete die Verhaftung Öcalans am 15. Februar 1999 durch den türkischen Geheimdienst in Nairobi (Kenia).³ Unter dem Druck eines drohenden Todesurteils nahm Öcalan mit einem zweiten Manifest von der Bildung eines eigenständigen Kurdenstaats mit Hilfe des bewaffneten Kampfes Abstand. Im August 1999 erklärte er den bewaffneten Kampf der PKK schließlich für beendet.

Daraufhin zog sich der überwiegende Teil der kurdischen Guerillaeinheiten unter Mitnahme ihrer Waffen nach und nach aus der Türkei zurück. Seitdem halten sich diese Verbände überwiegend in von Kurden autonom verwalteten Gebieten im benachbarten Nordirak auf. Von dort dringen sie bis heute immer wieder in türkisches Staatsgebiet ein und provozieren dadurch bewaffnete Auseinandersetzungen mit der türkischen Armee.

³ Abdullah Öcalan wurde im Juni 1999 in der Türkei wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Im Jahr 2002 wurde das Strafmaß in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt. Seitdem verbüßt er seine Haftstrafe auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali.



Im Jahr 2000 bestätigte die PKK die Grundsätze ihres zweiten Manifests. Die Beschlüsse sahen eine Demokratisierung innerhalb der PKK und die Wandlung hin zu einer legalen Organisation vor.

Zwei Jahre später erfolgte die erste Umbenennung der PKK in „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK); anderthalb Jahre später in KONGRA GEL.

Der KONGRA GEL sollte als eine demokratische Massenorganisation mit zivilem politischem Charakter die bisherige Kaderpartei leninistischer Prägung ablösen und die kurdische Frage auf friedlichem Wege lösen.

Nach Gründung der „neuen“ PKK im Jahr 2005 blieb der KONGRA GEL als Dachverband erhalten, um möglichst viele kurdische Strömungen einzubinden.

Gleichzeitig gab die Organisation das Ziel eines unabhängigen Kurdenstaates endgültig auf. Sie propagierte nun stattdessen einen föderalen Verbund aller kurdischen Siedlungsgebiete in einer „Föderation des Demokratischen Nahen Ostens“ unter Beachtung existierender Grenzen.

Was folgte, war die Errichtung der KKK – einer Gemeinschaft der Kurden ohne eigenen Staat. Öcalan forderte die PKK-Anhänger auf, in den kurdischen Siedlungsgebieten basisdemokratische Föderationen mit einer übergeordneten „konföderalen Struktur“ zu schaffen.⁴ Jede Form des Terrorismus wurde dabei abgelehnt, lediglich eigene bewaffnete Kräfte zur „Selbstverteidigung“ sollten beibehalten werden.

Im Juni 2007 erfolgte schließlich die Umbenennung in KCK.

Mit den Umbenennungen wollte die PKK nach außen hin den Eindruck einer politischen Neuausrichtung erwecken und sich vom Makel einer Terrororganisation befreien. Trotz der mehrfachen Ankündigung, interne demokratische Strukturen einzu-

4 Von der PKK als „Demokratischer Konföderalismus“ bezeichnet.

führen, hält die Organisation aber bislang an einem strikt hierarchischen Kaderaufbau mit einer autoritären Führung fest. Demokratisierungsansätze, z.B. die Basis in Entscheidungsabläufe einzubinden, wurden weder strukturell noch personell realisiert. Das gegenwärtige Ziel der PKK, die Etablierung einer nichtstaatlichen und länderübergreifenden, demokratischen Selbstverwaltung der Kurden als „demokratische Nation“, soll perspektivisch als Vorbild für alle Völker des Nahen Ostens sowie der Welt dienen.



4 Gegenwärtiger Friedensprozess zwischen dem türkischen Staat und der PKK

Ende 2012 begannen – offiziell von der türkischen Regierung bestätigt – erneute Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und Öcalan sowie der PKK-Führung im Nordirak.⁵ Dieser anhaltende Prozess wird auch von den in Deutschland lebenden PKK-Anhängern aufmerksam verfolgt.

Am 21. März 2013 war anlässlich des traditionellen kurdischen Neujahrsfestes „Newroz“ in Diyarbakir (Türkei) eine von der kurdischen Presse als „historisch“ bezeichnete Botschaft

⁵ Bereits im Jahr 2008 führte der türkische Nachrichtendienst auf Weisung der türkischen Regierung in Oslo (Norwegen) erste Verhandlungen mit PKK-Funktionären, die jedoch nach drei Jahren ergebnislos abgebrochen wurden.

Öcalans verlesen worden. In dieser rief der PKK-Chef seine Anhänger zur Beendigung des bewaffneten Kampfes in der Türkei auf. Darüber hinaus appellierte er an die Guerillakämpfer der PKK, sich aus der Türkei zurückzuziehen.



Der eingeleitete Friedensprozess war allerdings von Beginn an geprägt durch gegenseitiges Misstrauen und hohe Forderungen der Konfliktparteien. So warf die PKK der türkischen Regierung u.a. Tatenlosigkeit in den laufenden Verhandlungen vor und stoppte deshalb im September 2013 ihren im Mai begonnenen schrittweisen Abzug von etwa 1.500 Kämpfern aus der Türkei. Selbst ein vom türkischen Ministerpräsidenten am 30. September 2013 angebotenes „Demokratisierungspaket“ vermochte bei der PKK-Führung keinen Gesinnungswandel herbeizuführen, denn aus Sicht der PKK blieben elementare kurdische Forderungen durch das Reformpaket unberücksichtigt. Ende Oktober 2013 drohte die PKK-Führung mit der Rückführung der abgezogenen Kämpfer in die Türkei und mit einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes, ohne dies jedoch in die Tat umzusetzen.

Öcalan griff im Jahr 2014 bei den Feierlichkeiten zum kurdischen Neujahrsfest den Friedensprozess erneut auf. In einer öffentlich verlesenen Erklärung bewertete er den bisherigen Dialog positiv und bekräftigte, dass alle Beteiligten ihren grundsätzlichen Willen zu einer friedlichen Beilegung des Kurdenkonflikts deutlich gemacht hätten. Kritisch merkte er jedoch an, die türkische Regierung agiere bislang zögerlich und eher einseitig,

da eine gesetzliche Grundlage für den Frieden bislang fehle. Er mahnte verbindliche Festlegungen an, weil ansonsten ein längerfristiger Frieden nicht garantiert werden könne.

Bereits im Vorfeld des Newroz-Festes hatte der Kommandant des bewaffneten PKK-Arms, Murat Karayilan, beklagt, dass der Friedensprozess bislang nur einseitig von der PKK vorangetrieben werde: Die PKK habe mit dem Abzug ihrer bewaffneten Kräfte aus der Türkei schließlich ihren Teil des Vertrages erfüllt. Karayilan bekräftigte indes, dass sich auch die HPG weiter an den vereinbarten Waffenstillstand gebunden sähen, jedoch nur, wenn die türkische Regierung innerhalb von ein bis zwei Wochen nach den türkischen Kommunalwahlen am 30. März 2014 neue Schritte in Richtung Frieden einleiten würde. Eine Aufkündigung des Friedensprozesses erfolgte nach Ablauf der Frist jedoch nicht.



Vor dem Hintergrund der laufenden Friedensbemühungen fanden immer wieder kurzzeitige militärische Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und Guerillaeinheiten der PKK statt. Im Juni 2013 erschossen in Lice (Provinz Diyarbakir/Türkei) türkische Sicherheitskräfte einen 18-jährigen kurdischen Jugendlichen bei einer Protestkundgebung. Die Guerillakämpfer der HPG führten daraufhin im Juli 2013 einen Vergeltungsangriff auf eine Gendarmeriestation in Hani (Provinz Diy-

arbakir/Türkei) durch, wobei ein türkischer Soldat getötet wurde. Zuletzt hat die türkische Armee Mitte Oktober 2014 Stellungen der PKK in der Türkei an der Grenze zum Irak mit Flugzeugen beschossen. Den Militärschlägen waren wiederholte Angriffe der PKK auf einen türkischen Militärposten vorausgegangen.



Während die militärischen Aktionen in der Türkei selbst zurückgingen, weiteten sie sich hingegen in den kurdischen Siedlungsgebieten Syriens aus. So stand im syrischen Bürgerkrieg bis Mitte 2014 der syrische Ableger der PKK, die Partei PYD („Partei der demokratischen Union“), mit ihren bewaffneten Einheiten⁶ den islamistischen Gegnern des Assad-Regims konfrontativ gegenüber. Ende Januar 2014 war in Teilen der kurdischen Siedlungsgebiete Syriens bereits eine „Demokratische Autonomie“ unter Federführung der PYD ausgerufen worden. Durch den militärischen Vormarsch der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) im August 2014 im Nord-Irak und im September 2014 in Nord-Syrien verlagerten sich die bewaffneten Kampfhandlungen gegen den IS. Während es der PKK im Nord-Irak um den Schutz der dort lebenden jesidischen Bevölkerung geht, steht in Nord-Syrien die Verteidigung der neu geschaffenen Autonomiegebiete im Vordergrund.

6 „Volksverteidigungseinheiten“ („Yekîneyên Parastina Gel“ - YPG).

5 Berührung deutscher Interessen im Ausland durch die PKK

Der in der Türkei von der PKK ausgehende Terror wirkte sich in der Vergangenheit immer wieder auch auf den Fremdenverkehr aus:

Die militante Gruppe „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK), hervorgegangen aus den bewaffneten Einheiten der PKK, verübte ab 2005 Bombenanschläge in Touristenorten, die mehrere Todesopfer forderten.

Im Jahr 2008 entführten kurdische Extremisten drei deutsche Bergsteiger am Berg Ararat und hielten sie zwölf Tage gefangen. Einen Monat zuvor hatte das Bundesministerium des Innern ein Verbot gegen den PKK-Fernsehsender „Roj TV“ in Deutschland erlassen.

Zuletzt bekannten sich die TAK im August 2011 zu Anschlägen auf türkische Tourismusgebiete, bei denen zwölf Personen verletzt wurden.

6 Situation der PKK in Deutschland und Europa

6.1 Organisation

Am 26. November 1993 erließ das Bundesministerium des Innern ein Betätigungsverbot gegen die PKK für die Bundesrepublik Deutschland. Das Bundesgebiet war zum Schauplatz von erheblicher öffentlicher Gewalt geworden, als im Juli 1993 PKK-Aktivisten nahezu zeitgleich in verschiedenen Städten Deutschlands rund 60 Überfälle und Brandanschläge auf türkische diplomatische Vertretungen sowie Banken, Reisebüros, Gaststätten und Vereinslokale verübten. Bei den Anschlägen



wurden ein türkischer Staatsbürger getötet und mehrere Personen verletzt.

Das Betätigungsverbot für die PKK in Deutschland erstreckt sich auch auf die späteren Umbenennungen der PKK.

Deutsche Gerichte verurteilten seit Erlass des PKK-Verbots bislang über 100 PKK-Anhänger zu teils mehrjährigen Haftstrafen. Der Bundesgerichtshof hat im Jahre 2010 unter Aufgabe seiner bisherigen Rechtsprechung festgestellt, dass es sich bei der PKK insgesamt um eine terroristische Vereinigung im Ausland handelt (§§ 129a, 129b StGB). Seitdem werden hochrangige PKK-Funktionäre regelmäßig wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung verurteilt.

Die Führungsfunktionäre der CDK halten sich aktuell vorwiegend in den Nachbarländern Deutschlands auf. Europa wird intensiv als Rückzugs- und Ruheraum genutzt. Die Tätigkeit der in Deutschland eingesetzten CDK-Kader erfolgt in der Regel an einem Ort und ist gewöhnlich zeitlich begrenzt. Die zumeist konspirativ agierenden Funktionäre machen nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam den ihnen nachgeordneten Ebenen Vorgaben, die ohne Diskussion umzusetzen sind.



Derzeit hat die PKK die Bundesrepublik Deutschland in vier Bereiche (Nord, Mitte, Süd 1 und Süd 2) strukturiert, sogenannte Sahalar, die mit jeweils einem Führungsfunktionär ausgestattet sind. Den Sahalar sind aktuell insgesamt 29 Gebiete (Bölge) untergeordnet.

Örtliche Vereine - Treffpunkte der Anhängerschaft – dienen PKK und CDK dazu, Informationen zu steuern und Vorgaben umzusetzen. Als Dachverband dieser Vereine fungiert das „Demokratische Kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland“ (NAV-DEM)⁷ – bis Juni 2014 „Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM). Nach eigenen Angaben sind ihm 46 örtliche Vereine angeschlossen.⁸ Durch eine aktive Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sowie den Aufbau von Kontakten zu politischen Entscheidungsträgern bemüht sich NAV-DEM, weitere Unterstützung für seine Anliegen zu erhalten.

Darüber hinaus unterhält die PKK zahlreiche Massenorganisationen, in denen Anhänger aus verschiedenen Bevölkerungs-, Berufs- oder Interessengruppen organisiert sind. Besonders hervorzuheben sind die Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ (sinngemäß „Gemeinschaft der Jugendlichen“) bzw. die europäische Jugenddachorganisation „Ciwanên Azad“⁹, die „Kurdische Frauenbewegung in Europa“ (AKKH) sowie die Studentenorganisation „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK). Nennenswert sind auch die Organisationen „Union der Journalisten Kurdistans“ (YRK), „Union der kurdischen Lehrer“ (YMK), „Union der Juristen Kurdistans“ (YHK), „Union der Schriftsteller Kurdistans“ (YNK) sowie die „Union kurdischer Familien“ (YEKMAL). Zu den Umfeldorganisationen gehören auch Religionsgemeinschaften wie die „Islamische Gemeinde Kurdistans“ (CIK), die „Föderation der demokratischen Aleviten“ (FEDA), die „Union der Aleviten aus Kurdistan“ (KAB), die „Föderation der yezidischen Vereine e.V.“ (FKE) und die „Union der Yeziden aus Kurdistan“ (YEK).

7 Akronym für die kurdische Bezeichnung „Navenda Civaka Kurd a Demokratik li Almanyayê“.

8 Homepage YEK-KOM (5. August 2014).

9 Die PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ hat sich auf transnationaler Ebene neu strukturiert und auf einer Europakonferenz im April 2013 die neue europäische Dachorganisation „Bewegung der freien Jugend Kurdistans“ („Tevgera Ciwanên Azad a Kurdistanê“, kurz: „Ciwanên Azad“) gegründet.

6.2 Propaganda





Zur Verbreitung ihrer Propaganda und Ideologie verfügt die PKK über ein vielfältiges Medienwesen. Dadurch informiert bzw. mobilisiert sie nicht nur ihre Anhänger, sondern sie versucht auch die in Deutschland lebenden Kurden perspektivisch im Sinne der Organisation zu beeinflussen. Funktionäre der PKK erhalten in den verschiedenen Medien regelmäßig eine öffentliche Plattform zur Verbreitung ihrer Propaganda.

Ein Eckpfeiler dieser Informationspolitik ist die PKK-nahe Nachrichtenagentur „Firat News Agency“ (ANF) mit Sitz in den Niederlanden. Deren Ziel besteht darin, eine Präsenz für kurdische Medien durch ein Korrespondentennetz in der Türkei, im Iran, Irak, in Syrien sowie in europäischen Staaten zu gewährleisten.

Insgesamt nutzt die PKK ihre Print- und Fernsehmedien in erster Linie zur Mobilisierung ihrer Anhänger und zur Verbreitung kurdenspezifischer Themen. Besonders hervorzuheben sind hierbei die PKK-Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ (YÖP) und der 2008 gegründete und seit Februar 2012 mit einer norwegischen Lizenz ausgestattete Fernsehsender „Stêrk TV“.

Die in Deutschland herausgegebene YÖP erscheint mit einer täglichen Auflage von ca. 10.000 Exemplaren in türkischer und kurdischer Sprache. Die ideologischen Grundlagen für PKK-Kader werden durch die monatlich erscheinende und in den Niederlanden verlegte PKK-Zeitung „Serxwebûn“ gelegt bzw. vertieft.

Zu den wichtigsten Aktivitäten der PKK in Deutschland zählen zentral gesteuerte Propagandaaktionen. Im Fokus stehen dabei das Schicksal des in der Türkei inhaftierten Öcalan, die militärischen Konflikte in Syrien und im Grenzgebiet der Türkei zum Nordirak sowie staatliche Maßnahmen gegen PKK-nahe Einrichtungen in Deutschland und Europa. Zentrale Elemente der

			
Nachrichten- agentur	Zeitungen	Fernseh- sender	Verlage
<p>„Firat News Agency“ (ANF)</p> <p>Sitz in den Niederlanden.</p>	<p>„Yeni Özgür Politika“ (YÖP - „Neue freie Politik“)</p> <p>Tageszeitung, Auflage ca. 10.000 Exemplare.</p> <p>„Serxwebûn“ („Unabhängigkeit“)</p> <p>erscheint monatlich, wird in den Niederlanden verlegt.</p> <p>„Stêrka Ciwan“ („Stern der Jugend“)</p> <p>erscheint monatlich.</p>	<p>„Stêrk TV“</p> <p>2008 gegründet und seit Februar 2012 mit einer norwegischen Lizenz ausgestattet.</p>	<p>„Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH“</p> <p>Sitz in Neuss. Publikationen – auch deutschsprachig – des PKK-Führers Öcalan.</p> <p>„MIR Multimedia GmbH“</p> <p>Sitz in Neuss. Vertrieb von Tonträgern PKK-naher Künstler.</p>

Indoktrinationen sind vor allem Demonstrationen und Kundgebungen sowie Podiumsdiskussionen, Unterschriftenkampagnen, Hungerstreiks, Mahnwachen und Pressekonferenzen. Dabei gelingt es der Organisation immer wieder, ihre Anhänger-

schaft in hohem Maße zu mobilisieren. So beteiligten sich beispielsweise am 13. September 2014 in Düsseldorf ca. 30.000 Personen aus ganz Europa am „22. Internationalen Kurdischen Kulturfestival“, das – im Unterschied zur Veranstaltung im Jahr 2012 – friedlich verlief.

6.3 Aktivitäten

Vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Syrien und den Auseinandersetzungen mit dem IS verstärkt die PKK in Deutschland ihre Solidaritätsaktionen und Veranstaltungen für die im



Norden Syriens und im Irak lebenden Kurden. Dabei versuchen die PKK und ihr syrischer Ableger PYD mit diversen öffentlichen Solidaritätsdemonstrationen für die Interessen der syrischen und irakischen Kurden zu werben. Anhaltende und sich intensivierende Kampfhandlungen in den kurdischen Siedlungsgebieten Syriens und des Irak spielen hier eine initialisierende Rolle. Bei den Auseinandersetzungen stehen sich bewaff-

nete Kräfte der PYD bzw. der PKK und islamistische Gruppen – vor allem der IS – gegenüber. Zuletzt hat sich das Kundgebungsgeschehen hierzulande hin zur Forderung nach Aufhebung des PKK-Betätigungsverbots in Deutschland verlagert. Angesichts der Friedensverhandlungen zwischen PKK und türkischer Regierung sowie des von der PKK geführten Kampfes gegen den IS erscheint das Verbot einschlägigen Kreisen nicht mehr zeitgemäß.

Trotz des grundsätzlich friedlichen Verhaltens der PKK-Anhänger in Deutschland ist es in der Vergangenheit auch zu gewalttätigen Aktionen gekommen. Diesen lagen zumeist konkrete politische Ereignisse im Vorfeld zugrunde, die ursächlich für eine Steigerung der Aggressionsbereitschaft unter den PKK-Aktivisten gewesen sein dürften:

- Mitte Februar 2012 verübten mutmaßliche PKK-Anhänger in Köln einen Brandanschlag auf Räumlichkeiten einer türkischen Zeitung.
- Am Rande des „Internationalen Kurdischen Kulturfestivals“ im September 2012 in Mannheim war es zu gewalttätigen Angriffen von Festivalteilnehmern auf die Polizei gekommen. An den Gewalttätigkeiten beteiligten sich bis zu 1.500 zumeist kurdische Jugendliche. Insgesamt 80 Polizisten wurden verletzt. Die Ausschreitungen, die in ihrer Heftigkeit mit denen anlässlich der Verhaftung Öcalans im Jahr 1999 vergleichbar sind, standen im Zusammenhang mit seinerzeit intensivierten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und bewaffneten PKK-Kräften, einem faktischen Verbot, Öcalan im Gefängnis besuchen zu dürfen sowie einem Hungerstreik von in der Türkei inhaftierten PKK-Anhängern.



- Auch in Bonn kam es zu einem Brandanschlag auf ein überwiegend von türkischen Nationalisten besuchtes Vereinsheim. Die PKK-Führung hatte zuvor ihre Anhänger in Europa anlässlich des Jahrestages der Verhaftung Öcalans zu nicht näher erläuterten Aktionen des zivilen Ungehorsams aufgerufen.

- Am 10. Januar 2013 warfen unbekannte Täter Molotowcocktails auf das Gelände der ehemaligen Botschaft der Republik Türkei¹⁰ in Berlin. Es entstand lediglich geringer Schaden, da die Brandsätze von selbst erloschen. Ausschlaggebend für diesen Anschlag dürfte die Ermordung dreier bekannter PKK-Aktivistinnen in Paris gewesen sein. Nach wie vor gehen Anhänger



der PKK davon aus, dass der türkische Geheimdienst (mit Unterstützung französischer Stellen) für die Morde verantwortlich sei. Man vermutet darin eine gezielte Störung der aufgenommenen Friedensverhandlungen. Bereits am 17. Januar 2013 hatte die französische Polizei einen Hauptverdächtigen und mutmaßlichen PKK-Aktivisten festgenommen. Die PKK bestreitet allerdings

¹⁰ Die Botschaft war im Oktober 2012 an einem anderen Standort in Berlin neu eröffnet worden.

eine PKK-interne Vergeltungstat – das eigentliche Motiv für die Verbrechen bleibt weiterhin unklar. Der mutmaßliche Haupttäter bestreitet die Morde vehement und gibt zum Sachverhalt keine weiteren Auskünfte. Sowohl in Deutschland als auch in verschiedenen europäischen Ländern erfolgten als Reaktion auf die Morde überwiegend friedliche Aktivitäten. Insgesamt schuf der in Europa bislang beispiellose Dreifachmord aber ein nachhaltiges und erhebliches Emotionalisierungspotenzial, insbesondere für die PKK-Anhänger in Deutschland.

- So kam es zuletzt am 12. April 2014 in Duisburg im Verlauf einer „europaweiten Jugenddemonstration“, an der etwa 650 – zumeist jugendliche – Anhänger der PKK teilnahmen, zu Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte sowie zu Stein- und Flaschenwürfen auf einen türkischen Kulturverein und auf ein Wohnhaus, an dem eine türkische Nationalflagge hing.

6.4 Nutzung des Internets

Das Internet hat sich mittlerweile auch für die PKK und insbesondere für die Anhänger ihrer Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ bzw. „Ciwanen Azad“ zu einem zentralen Kommunikationsmedium entwickelt. Im Rahmen der Vernetzungs- und Mobilisierungsbemühungen kommt vor allem den diversen sozialen Netzwerken und Kommunikationsmöglichkeiten – neben klassischen Internetpräsenzen, Homepages und anderen dort verfügbaren Diensten – eine stets wachsende Bedeutung zu. Die Organisation nutzt das Internet als Kommunikationsplattform und als offenes Medium zur propagandistischen Agitation, Mobilisierung und Rekrutierung. Fast alle Teilorganisationen der PKK pflegen eine oder mehrere eigene Internetprä-

senzen. Dort werden PKK-relevante Themen – oftmals glorifizierend – erläutert, dargestellt oder kommentiert.

Insbesondere jugendliche PKK-Aktivisten nutzen die Anonymität des Internets zur Verbreitung von Propaganda. Darüber hinaus sind vor allem die sozialen Netzwerke wie Facebook oder Twitter bei den jüngeren PKK-Anhängern sehr beliebt und dienen zunehmend als Mobilisierungs- und Rekrutierungsmedium. So werden dort gezielt Veranstaltungshinweise gepostet bzw. wird zur Teilnahme an Aktionen mobilisiert. Inzwischen betreiben einige Teilorganisationen der „Komalên Ciwan“ eigene Gruppen auf Facebook, in denen zeitnah Informationen und Meinungen ausgetauscht werden. Dies geschieht sowohl in offenen als auch nur für entsprechend legitimierte Anhänger zugänglichen Gruppen.

Die Kommunikationsmöglichkeiten des Internets werden darüber hinaus auch zur Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner genutzt. Hierbei wendet sich die PKK in erster Linie gegen türkische Nationalisten der „Ülkücü“-Bewegung, aber auch gegen den türkischen Staat selbst. Türkische Nationalisten betrachten insbesondere die PKK und deren Anhänger als ideologisch begründete Feinde. So kommt es regelmäßig – zumeist in sozialen Netzwerken im Internet – zu Beschimpfungen und gegenseitigen Provokationen zwischen jugendlichen Anhängern beider Gruppierungen. Die Anonymität des Internets verführt die Nutzer dabei oftmals zu verbalen Attacken und Drohungen, die jedoch selten in die Tat umgesetzt werden.





Allerdings konnte im Sommer 2012 in Wiesbaden nur durch starke Polizeipräsenz eine Konfrontation zwischen türkisch-nationalistischen und kurdischen Jugendlichen verhindert werden. Zuvor war von türkischen Nationalisten über das Internet zur Teilnahme an der gegen die PKK gerichteten Zusammenkunft aufgerufen worden. Auslöser der Aktion waren verschärfte bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und dem militärischen Arm der PKK. Derartige Ereignisse in der Heimatregion bergen ein immenses Spannungspotenzial, um die Anhänger beider Gruppierungen immer wieder aufs Neue zu emotionalisieren und gegeneinander aufzubringen.

6.5 Konfliktpotenziale und Wechselwirkungen

Neben den über das Internet ausgefochtenen Konfrontationen ist es in der Vergangenheit auch zu tatsächlichen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen PKK-Anhängern und türkischen Nationalisten gekommen. Hierzu zwei Beispiele:

- Bei einem mehrtägigen Marsch von bis zu 150 PKK-Anhängern im September 2012 durch Deutschland war es – neben Handgreiflichkeiten zwischen Marschteilnehmern und der Polizei – auch zu Handgreiflichkeiten mit türkischen Nationalisten gekommen. Dabei griffen Marsch-



teilnehmer aufgrund entsprechender Provokationen ihre türkischen Widersacher mit Steinen, Stangen und sogar Gullydeckeln an. Bei den Ausschreitungen wurden insgesamt sieben Personen, davon fünf Polizisten, verletzt. Der Marsch war dem „Internationalen kurdischen Kulturfestival“ 2012 in Mannheim vorgeschaltet gewesen.

- Auch bei der Errichtung eines Infostands eines PKK-nahen Ortsvereins in Hannover im März 2013 war es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Standbetreibern und türkischen Nationalisten gekommen. Eine Person wurde dabei schwer verletzt.

Neben dem Konfrontationspotenzial zwischen Anhängern der PKK und türkischen Nationalisten haben sich anlässlich des Bürgerkriegs in Syrien weitere Spannungsfelder innerhalb Deutschlands aufgetan. Diese verlaufen zwischen der PKK bzw. der PYD auf der einen und islamistischen bzw. weiteren kurdisch-syrischen Oppositionsgruppen auf der anderen Seite. Gewalttätiges Potenzial trat bei folgenden Kundgebungen in Erscheinung:

- Im Juni 2013 versammelten sich vor einem PKK-nahen Objekt in Berlin Anhänger der bislang nicht auffälligen syrisch-kurdischen Oppositionsgruppe „Kurdische Zukunftsbewegung e.V“. Die Kundgebung stand unter dem Motto „Verletzung der Menschenrechte der Kurden in Syrien durch die PYD/PKK“. Die ca. 70 Teilnehmer zeigten themenbezogene Transparente und skandierten in Sprechchören. Die im Vereinsobjekt anwesenden Anhänger der PKK/PYD verhielten sich ruhig.
- In Stuttgart kam es wiederholt zu Konfrontationen zwischen PKK-Anhängern und Islamisten bzw. Personen,

die von PKK-Anhängern als Islamisten eingeschätzt wurden. So fanden im August 2013 tätliche Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern einer Kundgebung von PKK-Anhängern und einer parallel stattfindenden Versammlung von Anhängern der Muslimbruderschaft statt.

- Bei einer Solidaritätsdemonstration für syrische Kurden im Februar 2014 bewarfen Demonstrationsteilnehmer salafistische Koranverteiler mit Gegenständen. In beiden Fällen verhinderte die Polizei eine Eskalation der Auseinandersetzung.
- Anfang August und Anfang Oktober 2014 kam es im Rahmen von mehreren Veranstaltungen zu Sachbeschädigungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen sowohl mit der Polizei als auch mit islamistischen Personen, die sogar zu schweren Körperverletzungsdelikten und versuchten Tötungsdelikten führten.
- In Hamburg erfolgten im Oktober 2014 im Anschluss an eine friedlich verlaufene Kundgebung von Kurden gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen 100 Kundgebungsteilnehmern und Islamisten. Die Polizei nahm etliche Personen in Gewahrsam und beschlagnahmte diverse Hieb- und Stichwaffen sowie eine Schusswaffe. Ein erneutes Aufeinandertreffen der verfeindeten Gruppen im Nachgang zum Freitagsgebet konnte einige Tage später nur durch massiven Polizeieinsatz verhindert werden.



- Die Entwicklungen in Syrien und im Irak haben sich auch auf das Aktionsverhalten der PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ bzw. „Ciwanen Azad“ ausgewirkt. So beteiligten sich insbesondere jugendliche PKK-Anhänger an einer Vielzahl kurzzeitiger und friedlich verlaufener Besetzungen von Fernsehsendern, Parteibüros, Flughafengebäuden, Bahnhöfen oder an Straßenblockaden.
- Provokationen türkischer Nationalisten am Rande einer prokurdischen Demonstration in München führten im Herbst 2014 zu tätlichen Auseinandersetzungen mit Kurden.

6.6 Beziehungen zwischen der PKK und deutschen Linksextremisten

Wechselwirkungen bestehen auch zwischen der PKK und deutschen linksextremistischen Gruppen. Die PKK wird von derartigen Organisationen punktuell propagandistisch unterstützt. Dies erfolgt vornehmlich dann, wenn sich die vom linksextremistischen Spektrum besetzten Aktionsfelder und das Themenpotential der PKK überschneiden.

Bereits im Mai 2010 gründeten PKK-nahe linksextremistische Gruppen ein bundesweites deutsches Aktionsbündnis unter der Bezeichnung „Tatort Kurdistan“. An dem Bündnis sind von PKK-Seite insbesondere die YEK-KOM, die sich im Juni 2014 in NAV-DEM umbenannte, sowie auf linksextremistischer Seite u.a. die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) beteiligt. Die Kampagne zielt darauf ab, angebliche Verwicklungen deutscher Behörden sowie der Industrie in den „Krieg der Türkei gegen die kurdische Zivilbevölkerung“ aufzuzeigen. Zudem fordert die Kampagne die Aufhebung des Betätigungsverbots gegen die PKK in Deutschland.

Im November 2013 organisierte die Kampagne „Tatort Kurdistan“ in Berlin eine Demonstration anlässlich des 20. Jahrestages des PKK-Verbots. Hauptforderung der ca. 5.500 Teilnehmer war dabei die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland. In der Vergangenheit war es bei gemeinsamen Kundgebungen von deutschen Linksextremisten und PKK-Anhängern in Deutschland vereinzelt auch zu Gewalttätigkeiten gekommen. In Hamburg und Berlin hatten bei entsprechenden Aktionen im Jahr 2011 Demonstranten Polizisten angegriffen. Hierbei waren über 80 Personen verletzt worden. Hintergrund der Demonstrationen waren auch dabei verstärkte Kampfhandlungen zwischen der PKK und der türkischen Armee sowie ein faktisches Besuchsverbot für PKK-Führer Öcalan.

6.7 Finanzierung

Europa stellt für die PKK einen „sicheren Hafen“ dar. Dieser Umstand wird auch dazu genutzt, Gelder bei hier lebenden Anhängern einzutreiben. Die PKK erwartet, dass die geschätzt etwa 1,5 Millionen in Europa lebenden Kurden einen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der Organisation und ihrer Ziele leisten. Damit soll dezidiert zum politischen und militärischen Kampf der PKK für die „Freiheit Kurdistans“ beigetragen werden. Die Organisation strebt mit ihren Geldsammelkampagnen an, ihre Anhänger noch stärker an sich zu binden, erreicht de facto aber nur einen kleinen Teil der in Europa lebenden Kurden.

Als wichtigste Einnahmequelle dient der PKK die sogenannte Jahresspendenkampagne (kampanya). Zum Selbstverständnis der PKK gehört, dass die in Europa lebenden Kurden entsprechend ihrem Jahreseinkommen Spenden an die PKK entrichten. Während von kurdischen Familien mehrere Hundert Euro verlangt werden, beansprucht die PKK von erfolgreichen Geschäftsleuten durchaus mehrere Tausend Euro. So sammelte die Organisation beispielsweise im Jahr 2013 in Deutschland etwa

9 Mio. Euro. Die Einnahmen dienen in erster Linie dem Unterhalt der Organisation und ihres umfangreichen Propagandaapparats in Europa. Ein Teil des Geldes wird aber auch in den Nahen Osten verbracht. Die Kampagne ist somit eine zentrale Aufgabe im Spektrum jährlichen PKK-Aktivitäten.

Weitere Einkünfte erzielt die PKK aus Mitgliedsbeiträgen, dem Vertrieb von Publikationen und aus Veranstaltungen wie dem jährlich stattfindenden „Internationalen Kurdistan-Kulturfestival“.

Das „Wirtschafts- und Finanzbüro“ („Ekonomi ve Maliye Bürosu“ – EMB) stellt ein wichtiges Abrechnungs- und Kontrollorgan im Finanzsystem der PKK dar.¹¹ Hauptamtliche Funktionäre der Organisation kontrollieren die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen PKK-Gebiete (Bölge) und koordinieren zugleich Bargeldtransporte in Deutschland und Europa.

7 Fazit

Die PKK zeigt ihr ambivalentes Verhalten nach wie vor in einer „Doppelstrategie“: Einem militärischen Auftreten im türkisch-irakischen bzw. türkisch-syrischen Grenzgebiet steht ein grundsätzlich friedliches Vorgehen in Deutschland bzw. Europa gegenüber. Dieses Vorgehen wird auch aktuell von der Überzeugung geleitet, sich europäische Staaten als Ruhe- und Rückzugsräume zu bewahren.

Entsprechend wird die PKK in Deutschland auch weiterhin die Unterstützung ihrer Hauptorganisation in propagandistischer, logistischer und finanzieller Form fortführen. Insgesamt werden sich damit die Unterstützungshandlungen für die PKK-Kräfte in Syrien und im Nordirak weiter intensivieren. Vor diesem Hintergrund ist mit der Fortführung von Aktivitäten zur Rekrutierung von Kämpfern der PKK auch in Deutschland zu

11 In den USA ist die PKK gemäß dem „Foreign Narcotics Kingpin Designation Act“ (Gesetz zur Kennzeichnung ausländischer Drogenhändler) als eine in den Drogenschmuggel involvierte Organisation gelistet. In Deutschland liegen keine Hinweise dafür vor, dass Organisationsstrukturen der PKK direkt in den Drogenhandel verwickelt sind.

rechnen, jedoch dürfte sich der parallel fortschreitende Friedensprozess in der Türkei zugleich mäßigend auf die PKK-Anhängerschaft in Deutschland auswirken.

Es ist anzunehmen, dass die PKK ihre Bemühungen fortsetzen wird, die durch den Krieg in Syrien und im Irak entstandenen instabilen Verhältnisse weiter in ihrem Sinne zu nutzen. Letztendlich beabsichtigt die Gruppierung, ihren Einfluss in den traditionellen kurdischen Siedlungsgebieten zu verstärken und dort ihren Vormachtanspruch zu untermauern. Die im Januar 2014 erfolgte Ausrufung einer Autonomie in verschiedenen Kantonen der überwiegend von Kurden bewohnten Gebiete Nordsyriens sowie die Waffenhilfe der PKK im Nordirak zur Unterstützung der dortigen kurdischen Peschmerga im Kampf gegen den IS werden dafür sorgen, dass die dortige Krisenregion auf unbestimmte Zeit im Blickfeld der PKK-Anhänger in Deutschland bleibt.

Trotz des grundlegend friedlichen Auftretens gibt es innerhalb der PKK nach wie vor eine latente Gewaltbereitschaft. Hieraus können beim Aufeinandertreffen von PKK-Anhängern und türkischen Nationalisten in Deutschland jederzeit spontane Gewalttätigkeiten erwachsen. Liegen darüber hinaus Ereignisse und Entwicklungen auch ohne zwingenden Bezug zu Deutschland vor, welche die hiesige PKK-Anhängerschaft emotionalisieren, sind auch weiterführende Gewalttaten denkbar. Dies schließt situative Gewaltanwendung gegenüber der Polizei bei Demonstrationen bis hin zu gezielten Angriffen auf türkische Einrichtungen mittels Brandsätzen ein.

Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion zum Fortbestand des Betätigungsverbots gegen die PKK bleibt festzustellen, dass die PKK in Deutschland – trotz nach außen propagierter Transparenz – nach wie vor über einen konspirativ und nach einem strengen Kaderprinzip agierenden Funktionärskörper verfügt. Dieser leitet organisationsinterne Vorgaben nach dem Prinzip

von Befehl und Gehorsam an die nachgeordneten Ebenen in Deutschland weiter, die ihrerseits für die Umsetzung der Vorgaben verantwortlich sind.

Zudem ist die PKK immer noch in der Lage bzw. dazu bereit – und dies hat sie in der Vergangenheit wiederholt gezeigt – ihre Anhängerschaft nicht nur für störungsfreie Proteste zu mobilisieren, sondern auch physische Gewalt in Deutschland einzusetzen.



Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Verfassungsschutz

Öffentlichkeitsarbeit

Merianstraße 100

50765 Köln

oeffentlichkeitsarbeit@bfv.bund.de

www.verfassungsschutz.de

Tel.: +49 (0) 221/792-0

Fax: +49 (0) 221/792-2915

Gestaltung und Druck

Bundesamt für Verfassungsschutz

Print- und MedienCenter

Bildnachweis

© picture alliance / dpa

© picture alliance / ZB

© picture alliance / abaca

© picture alliance / Wolfgang Minich

© picture alliance / Vianney Le Caer

© picture alliance / Geisler-Fotopress

© YuI - Fotolia.com

© BfV

Stand

Juli 2015

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

Weitere Informationen zum Verfassungsschutz finden Sie hier:

www.verfassungsschutz.de

